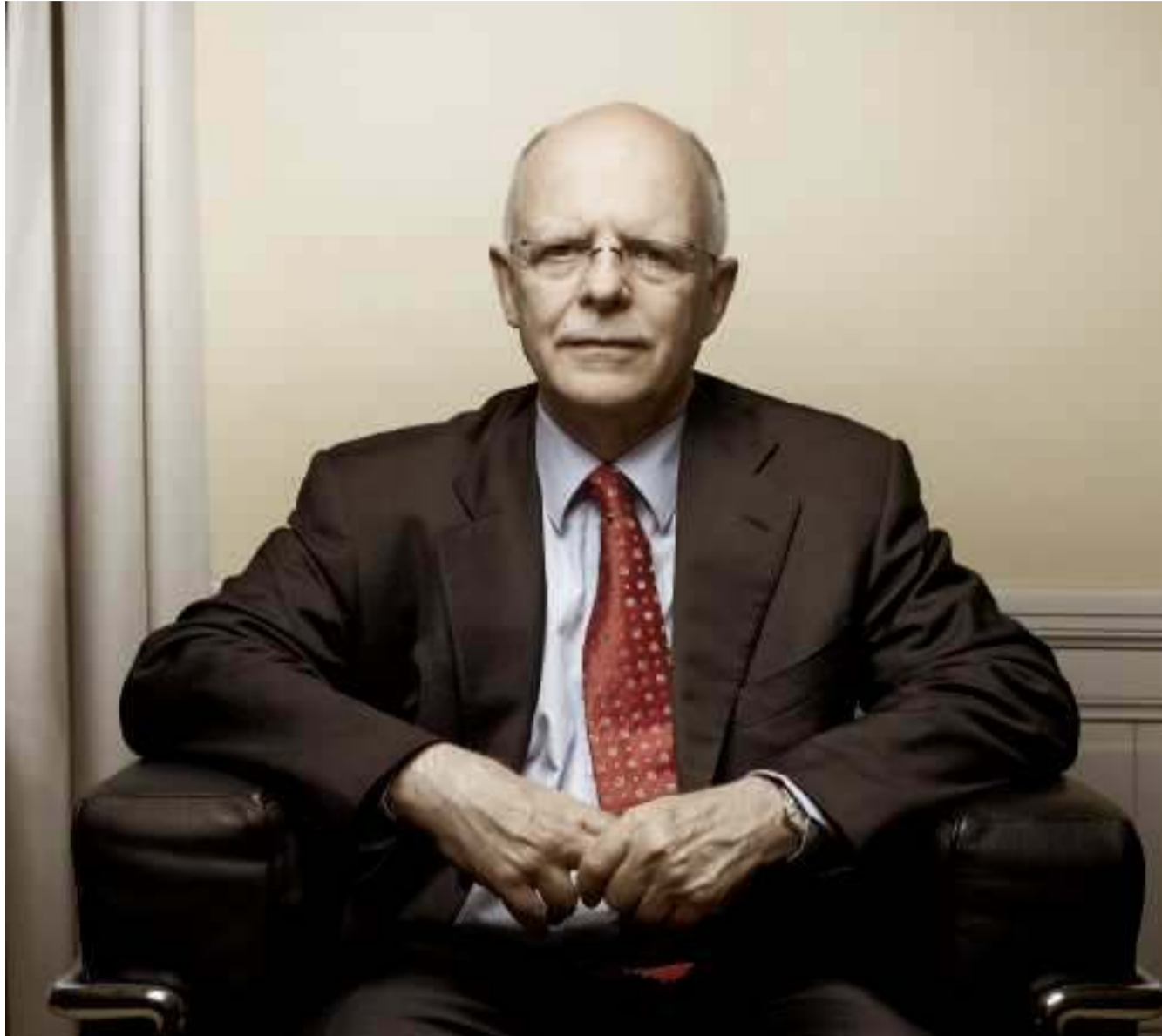


# Wirtschaft



**Abzockerinitiative** Die Berner Oberland-Bahnen ziehen sich von der Börse zurück, weil ihnen die neuen Auflagen zu teuer sind. 47



Martin Janssen, emeritierter Professor für Finanzmarktökonomie, warnt vor Überregulierung. Foto: Dominic Büttner (Pixsil)

## «Die Grossbanken werden von der Finma bevorzugt»

Finanzprofessor Martin Janssen sieht wegen der starken Zunahme bürokratischer Vorschriften über 10 000 Arbeitsplätze in Gefahr.

**Mit Martin Janssen sprach Arthur Rutishauser**

**Die CS hat beschlossen, die Vermögensverwaltung für Bürger von 50 Ländern aus Kostengründen aufzugeben. Ist das ein genereller Trend?**

Ja, das ist ein Trend in der Bankenindustrie. Es werden weltweit immer mehr Regulierungen eingeführt. Und die Bestimmungen werden weltweit ernster genommen. Das Geschäft wird dadurch um Faktoren komplizierter.

**Was bedeutet das konkret?**

Es gibt für jedes Land Bestimmungen darüber, wie ein ausländischer Banker Kunden anwerben kann. In einzelnen Ländern ist es verboten, an einem gesellschaftlichen Anlass seine Visitenkarte abzugeben. Das wäre illegale Kundenwerbung. Zudem macht es einen Unterschied, ob Sie das Geschäft von Monaco oder von Genf aus betreiben. Darum braucht es Handbücher, damit die Mitarbeiter wissen, was erlaubt ist und was nicht. Diese Manuals sind für Berater, die Geschäftsleitung und für die Kontrolleure unterschiedlich.

**Das tönt nach viel Papier.**

Allerdings! Wenn eine grössere Bank aus fünf Standorten Kunden in hundert Ländern betreut, kommt sie auf 1500 Manuals. Diese müssen unterhalten werden, denn das Recht ändert sich ständig.

**Nun sind die Bankangestellten durch Anklagen in verschiedenen Ländern massiv verunsichert. Behindert das nicht das Geschäft? Doch, genau. Bei kleinen Banken wird das Geschäft nicht nur behindert, sondern verhindert, weil es schlicht zu teuer wird.**

**Wird es in Europa noch schlimmer, wenn das neue Regelwerk zum Kundenschutz (Mifid 2) kommt? Ja. Man spricht sogar davon, dass deutsche Kunden nur noch aus einer Filiale in**

Deutschland beraten werden dürfen. Vielleicht darf nicht einmal der Bankcomputer, der für deutsche Kunden Abrechnungen erstellt, in der Schweiz stehen.

**Was kostet eine solche Filiale?**

Muss der Computer in Deutschland stehen, braucht man mindestens 10 Mitarbeiter. Das kostet mit Büros, Löhnen, Sozialversicherung rasch ein paar Millionen jährlich. Sie müssen mehrere Hundert Millionen Franken Vermögen verwalten, damit Sie sich das leisten können.

**In der Schweiz versucht man, Mifid 2 mit einem eigenen Gesetz abzubilden, und hofft, damit Zugang zum Markt in der EU zu bekommen.**

Dazu braucht es viel mehr. Aber eigentlich bietet das Schweizer Gesetz schon heute genügend Mittel, um den Kundenschutz gemäss Mifid zu erreichen. Ein echtes Problem für die Kunden ist aber die Durchsetzung des Rechts vor Gericht. Das gilt sogar dann, wenn ein Bundesgerichtsurteil vorliegt. Ein weiteres Problem besteht darin, dass Schweizer Banken EU-Kunden ohnehin gemäss europäischem Recht beraten müssen. Tut eine Bank das nicht, kann der Kunde vom Vertrag zurücktreten. Das kann sich eine Bank niemals leisten.

**Also ist das neue Gesetz unnötig?**

Notwendig ist, dass Mifid in der Schweiz bei Banken mit EU-Kunden umgesetzt wird. Das heisst aber nicht, dass man auch alle die zusätzlichen Komplexitäten einbauen muss, über die man zurzeit spricht. Etwa, dass man alle Berater zertifizieren muss. Man sollte verhindern, dass die Bürokratie- und Regulierungslawine grösser wird als unbedingt nötig. Sonst werden am Schluss wie in Deutschland auch Kunden mit mehreren Hunderttausend Franken Vermögen nicht mehr beraten.

**Warum soll das schlimm sein?**

Beratung hat einen Wert. Zudem werden die Löhne sinken und Arbeitsplätze

verschwinden; nicht nur ein paar Hundert, sondern über 10 000.

**Wie reagiert die Schweiz?**

Wenn Sie den Bundesrat und die Bankenaufsicht meinen, so stehen die auf der Seite der bürokratieorientierten Regierungen, die immer noch mehr Bestimmungen und Verbote wollen. Ganz im Gegensatz zu Hongkong, Liechtenstein oder Luxemburg, die sich mit Händen und Füssen gegen solche Bestimmungen wehren und versuchen, die Arbeitsplätze zu erhalten. Regierung und Aufsicht in Bern hingegen wollen immer mehr kontrollieren, verbieten und bestrafen.

**Ist das eine Kritik an der Finma?**

Ein Markt reguliert sich am besten über Transparenz, Marktzutritt, Wettbewerb und wenig Bürokratie. Das führt bei geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zu guter Beratung und tiefen Preisen. Bern sieht das anders: Transparenz wird nicht wirklich gefördert. Der Marktzugang neuer Banken und neuer Vermögensverwalter wird durch bürokratische Massnahmen stark erschwert. Das nützt dem Finanzplatz Schweiz nichts und sicher auch nicht dem kleinen Anleger.

**Wem denn?**

Den Grossbanken. Die werden so bevorzugt. De facto betreibt die Finma Industriepolitik. Ich glaube nicht, dass das die Idee von Volk und Parlament ist.

**Wie könnte das vermieden werden?**

Es braucht für kleine Banken und Vermögensverwalter und für grosse Banken unterschiedliche Regulierungsstandards. Unser Finanzplatz ist auch darum so erfolgreich, weil er viele kleine Anbieter hat. Grosse Banken zu regulieren, macht Sinn, weil sie grossen Schaden anrichten können. Der Schaden, den eine kleine Bank im schlimmsten Fall anrichten kann, ist sowohl vom Betrag als auch vom Ruf des Finanzplatzes her unbedeutend. Es ist besser, eine kleine Bank geht wegen eigener Fehler unter als wegen zu viel Regulierung.

## Zeit wird knapp für Schweizer Zugang zum EU-Energiemarkt

Die EU macht Ernst mit den Regeln für den Strommarkt Europas. Die Schweiz muss sich beeilen, wenn sie auch mitmachen will.

**Von Stephan Israel, Brüssel**

Es soll Bundesräte geben, die Brüssel als Reisedestination möglichst meiden. Doris Leuthard gehört definitiv nicht dazu. Nächsten Dienstag wird die Bundesrätin in der EU-Zentrale mit Kommissar Günther Oettinger zum zweiten Arbeitsbesuch in diesem Jahr zusammentreffen. Es gilt, das geplante bilaterale Energieabkommen voranzutreiben. Einiges ist auf dem Spiel, denn die Schweiz riskiert, auf dem europäischen Energiebinnenmarkt ab Ende 2014 diskriminiert zu werden.

Beim letzten Besuch im April konstatierten beide Seiten noch offene Punkte, etwa bei den Vorgaben der EU für erneuerbare Energien, bei den Staatshilfen für Energieerzeuger oder den langfristigen Lieferverträgen mit der französischen EDF. Eigentlich wollte man sich schon im Juli wieder sehen und bis dann schon einen schriftlichen Vertragsentwurf ausgearbeitet haben. Offenbar konnten die letzten Differenzen noch nicht ausgeräumt werden. Auch am Dienstag sei nicht mit einem Durchbruch zu rechnen, hiess es gestern in Brüssel.

Die Zeit drängt, denn die EU treibt ihr Projekt eines Energiebinnenmarktes voran. Die Kommission hat diese Woche erstmals den Vertretern der Mitgliedsstaaten die Pläne für die technische Vorbereitung eines europaweiten Strommarktes präsentiert.

Konkret geht es da um die sogenannten Netzwerkcodes, auf die sich die Mitgliedsstaaten einigen müssen. Diese einheitlichen Regeln sind nötig, damit Strom auch tatsächlich europaweit gehandelt werden kann. In monatlichen Treffen will man sich schnell auf einen gemeinsamen Nenner einigen, bevor die EU-Kommission den Regierungen und dem EU-Parlament im Laufe des nächsten Jahres den Vorschlag abschliessend unterbreitet.

**Gut für Solar- und Windstrom**

Heute funktioniert die Marktkoppelung nur bilateral zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten und regional etwa über das Gemeinschaftsunternehmen Epex-Spot der Leipziger und Pariser Strombörsen, das die Märkte Frankreich, Deutschland, Österreich und auch die Schweiz abdeckt. Die EU-Kommission plant keine eigene Strombörse, will es aber mit einer elektronischen Plattform möglich machen, dass der Stromfluss durch ganz Europa gelenkt werden

kann. So soll ein Stromkunde in Deutschland auch auf Überkapazitäten in Spanien oder Portugal zugreifen können. Heute fehlt einem Grosskunden oft nur schon die Kenntnis von verfügbaren Überschüssen in einem anderen Land.

Die EU-Kommission verweist auf Studien, wonach eine Vernetzung der Börsen Einsparungen von jährlich mindestens vier Milliarden Euro möglich machen würde. Die Einsparungen ergeben sich, weil die einzelnen Länder weniger eigene Überkapazitäten als Sicherheit aufbauen müssen. Gerade Länder wie Deutschland könnten Schwankungen bei der Solar- und Windenergie besser auffangen. Der europaweite Stromhandel könnte mithelfen, die hohen Kosten für den Ökostrom zu senken.

Wenn Bundesrätin Doris Leuthard am Dienstag in Brüssel verhandelt, geht es auch darum, ob die Schweiz künftig bei diesem europaweiten Strombasar mitmachen kann. Dem Baden-Württemberger Oettinger ist das Stromabkommen mit der Schweiz ein persönliches Anliegen. Und auch Leuthard arbeitet mit voller Kraft an einem Erfolg.

**Institutionelle Einigung nötig**

Das Dilemma der beiden ist allerdings, dass das Stromabkommen nur ein Nebenschauplatz ist. Zusätzlich braucht es eine Lösung bei den sogenannten institutionellen Fragen, der neuen Grundlage für die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU: Den Zugang zum Energiebinnenmarkt gibt es für die Schweiz nur, wenn die ab Jahresende geplanten Verhandlungen über das neue institutionelle Arrangement mit der EU von Erfolg gekrönt sind.

Gerade mit Blick auf eine Teilnahme am künftigen Strombinnenmarkt sei es wichtig, dass die Schweiz etwa eine gemeinsame Gerichtsbarkeit akzeptiere, heisst es in EU-Kreisen. Als Beispiel wird der Fall eines Strom-Blackouts aufgeführt. In einem gemeinsamen Strommarkt müsse ein Richter abschliessend urteilen können, wer Verantwortung und Kosten für einen Stromausfall in einem anderen Land übernehmen müsse. Und das sei in der EU in letzter Instanz der Europäische Gerichtshof in Luxemburg.

Dabei ist man sich in Brüssel bewusst, dass die EU und die Schweiz gleichermaßen ein grosses Interesse an einem Strommarktabschluss haben. Zehn Prozent des europäischen Stroms werden durch die Alpen geleitet, das Schweizer Netz ist integriert wie kaum ein anderes. Für die EU-Kommission ist aber klar, dass nach der geplanten Marktkoppelung und der Harmonisierung der Regeln im Stromhandel nur Teilnehmer mitmachen können, die eine gemeinsame Gerichtsbarkeit akzeptieren.

Anzeige



*terra  
vite  
vita*

**Rosso del Conte**  
Contea di Sclafani doc, 2008  
Meisterwerk von Tasca

Wegweisender Klassiker.  
Mit verschwenderischer Fülle.  
Und beeindruckender Authentizität.  
Siziliens Sonne im Glas.

*Renzo Jansella*

Spezialangebot unter [www.bindellaweine.ch](http://www.bindellaweine.ch)  
CHF 39.- netto statt CHF 46.-, 75 cl, gültig bis 13.10.2013

**BINDELLA**  
Bindella Weinbau-Weinhandel | Vinoteca | T 044 276 62 62